Stand: 16.12.2025 06:07:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17480

"Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17480 vom 27.06.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19601 des VF vom 05.12.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/20390 vom 25.01.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.06.2017 Drucksache 17/17480

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zusammen mit der Bundesregierung ein Gesamtkonzept für Rückführungen (u. a. Rückführungsabkommen) von Asylbewerbern aus Bayern zu entwickeln, in dem die Rückkehrberatungen und -hilfen auch in Bayern noch mehr als bisher intensiviert, notwendige Abschiebungen durch verbesserte Kooperation mit den Herkunftsländern verstärkt bzw. bestehende Vollzugshindernisse beseitigt werden und Abschiebungen mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl vorgenommen werden, um dabei die notwendige Integrationsarbeit nicht zu behindern (siehe Polizeieinsatz in Nürnberg Anfang Juni 2017).

Begründung:

Die Bundesregierung hat ihr erklärtes Ziel, die Zahl der Abschiebungen deutlich zu erhöhen, deutlich verfehlt. 2016 wurden insgesamt rund 25.000 Migranten zurück in ihre Heimat gebracht, bis Ende April 2017 waren es lediglich 86.290. Laut einer Auflistung der Bundespolizei wurden in den ersten 4 Monaten 2017 erst 11.195 freiwillige Rückreisen über das Förderprogramm REAG/GARP bewilligt, 2016 waren es insgesamt 54.006 Ausländer, die aufgrund dieser Unterstützung freiwillig ausreisten. Daher müssen die Informationskampagnen und der personelle Einsatz für die freiwillige Rückkehr deutlich verstärkt, die regionalen Beratungsstellen ausgeweitet werden.

Es hat sich ferner gezeigt, dass Abschiebungen in der Praxis sich viel komplizierter gestalten als angenommen (u. a. wegen mangelnder Kooperation verschiedener Herkunftsländer und Deutschland bzw. Bayern bzw. rechtlicher Hindernisse, Fehlen von Reisedokumenten); diese Hindernisse müssen abgebaut werden. Es muss möglich sein, z. B. mit Ländern wie Marokko, Algerien, Tunesien oder Ägypten) Rückführungsabkommen abzuschließen, die auch funktionieren.

Zudem hat der Polizeieinsatz an einer Nürnberger Berufsschule, um einen jungen Afghanen abzuschieben, in der Öffentlichkeit eine abschreckende Wirkung erzeugt und auch viel Integrationsarbeit zerstört bzw. berechtigterweise auch die Kritik an der Abschiebepraxis in Bayern deutlich verstärkt.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/19601 05.12.2017

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/17480

Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Florian Streibl Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 16. November 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.01.2018 Drucksache 17/20390

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/17480, 17/19601

Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung.

Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbe-

ziehungen - Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksa-

che 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine.

Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen! Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团		A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 I: Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	A

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	A

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen! Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären